

Nassauischer Anzeiger.

Kreisblatt für den Landkreis Wiesbaden.

Bezugspreis: bei amtlichen Postanstalten
jährlich Mk. 1.20. Bei freier Bestellung
ins Haus tritt die Postgebühr hinzu.
Erscheint 3mal wöchentlich
Dienstags, Donnerstags, Samstags.
Redakteur: Guido Seidler in Biedrich.

Nassauisches Tagblatt. — Nassauische Zeitung. — Nassauischer Generalanzeiger. — Nassauische neueste Nachrichten.

Wiesbadener Vorort-Anzeiger.

Amtesliches Veröffentlichungsblatt für die Städte u. die Landgemeinden des Landkreises Wiesbaden.

Anzeigenpreis: f. d. 6. Spalte. Coloneltelle
oder deren Raum 15 Pfg., Reklamezeile 50 Pfg.
Redaktion u. Expedition: Biedrich a. M.,
Rathausstraße 16. Telefon Nr. 41.
Rotations-Druck u. Verlag: Guido Seidler
norm. Hofmann'sche Buchdruckerei, Biedrich.

Der Landkreis Wiesbaden umfasst die Städte Biedrich und Hochheim und die Landgemeinden Auringen, Bierstadt, Breckenheim, Delkenheim, Driedenbergen, Dohheim, Eddersheim, Erbenheim, Sörsheim, Frauenstein, Georgenborn, Hefloch, Jgstadt, Kloppenheim, Massenheim, Niedenbach, Naurod, Nordensdorf, Rambach, Schierstein, Sonnenberg, Wallau, Weibach, Wicker, Wildbach.

Nr. 137.

Samstag, den 16. November 1918

Postfachkonto
Frankfurt (Main) Nr. 10114.

18 Jahrgang.

Amtlicher Teil.

Nr. 592.

Verordnung.

Auf Grund der Verordnung des Staatssekretärs des Kriegs-
ernährungsamts vom 11. September 1918 (R.-G.-Bl. S. 1109) über
die Preise für Margarine und der dazu ergangenen Ausführungs-
bestimmungen der Reichsstelle für Speisefette vom 20. September
1918 wird hiermit für den Umfang des Landkreises Wiesbaden fol-
gendes bestimmt:

§ 1.

Der Höchstpreis für den Verkauf von Margarine im Klein-
handel wird auf 4,02 Mark je Kilogramm festgesetzt.

§ 2.

Diese Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Veröffentlichung in
Kraft.

Wiesbaden, den 9. November 1918.

Ramens des Kreisausschusses.

Der Vorsitzende:

von Heimbura.

Nr. 593.

Bekanntmachung.

Anstelle des verstorbenen Gerichtsmannes Wilhelm Kilian IV.
ist der Landwirt Philipp Kilian in Hefloch zum Gerichtsmann des
Ortsgerichts Hefloch ernannt und vereidigt worden.

Wiesbaden, den 12. November 1918.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses:

J.-Nr. II. 1221/3.

Bekanntmachung.

Betr. die Bewirtschaftung der Kohlrüben.

Auf Grund der §§ 11 und 12 der Verordnung über Gemüse,
Obst und Süßfrüchte vom 3. April 1917 (Reichs-Gesetzbl. S. 307)
wird bestimmt:

§ 1.

Die Verordnung über Herbstgemüse und Herbstobst vom 19.

Juli 1918 (Reichsanzeiger 176 vom 29. Juli 1918) wird für das
Gebiet des Deutschen Reiches auf Kohlrüben (Stechrüben, Bruden,
Rodenkohlrabi, Unterkohlraben) ausgedehnt.

§ 2.

Die Bekanntmachung tritt drei Tage nach ihrer Verkündung
in Kraft.

Berlin, den 28. September 1918.

Reichsstelle für Gemüse und Obst.

Der Vorsitzende:

von Tilla.

R. G. D. 2119. X 18. 150.

Die vorstehende Bekanntmachung der Reichsstelle für Gemüse
und Obst wird zur Kenntnis gebracht. Demgemäß werden in unserer
Verordnung vom 31. Juli 1918 im § 1 Absatz a noch aufgenommen
die Worte „Kohlrüben (Stechrüben, Bruden, Erdkohlraben, Unter-
kohlraben)“.

Frankfurt a. M., Wiesbaden, den 1. November 1918.

Der Vorsitzende:

Droge

Geheimer Regierungsrat.

Wird hiermit veröffentlicht.

Wie bei der Runkelrübe, ist auch für den Absatz der Kohlrübe
die Genehmigung der Bezirksstelle für Gemüse und Obst, Frankfurt
a. M., Gallusanlage 2, nötig. Der Beförderungsschein wird in
der gleichen Weise gehandhabt wie bei Herbstobst, Herbstgemüse
und Runkelrübe. Die Bahnstationen dürfen also keinen Wagen
ohne die amtlichen Ausweise abrollen lassen. Die Frachtbriele
müssen vom Kommunalverband abgestempelt sein. Die Herren
Bürgermeister haben einen angemessenen Vorrat dieser Frachtbriele
sogleich hier anzufordern.

Alle über den Eigenbedarf der Erzeuger hinaus verfügbaren
Mengen sind für den Kommunalverband oder dessen Aufkäufer
bereit zu halten, sofern nicht die Bezirksstelle für Gemüse und
Obst in Frankfurt a. M. anderweit darüber verfügt hat. Auf-
käufer der Kohlrübe sind die Aufkäufer für die Runkelrübe und für
Gemüse und Obst. Ihre Namen sind in den Nummern 77 und 96
des Kreisblattes veröffentlicht worden.

Der Höchstpreis für die gelbe Kohlrübe beträgt 2,25 Mark, für
die weiße 1,75 Mark. Für die gelbe Kohlrübe wird eine Anfuhr-
prämie von 75 Pfg. gezahlt. Für den Monat November 1918
kommt ein Aufbewahrungszuschlag von 30 Pfg. je Zentner in An-

rechnung. Die Aufbewahrungszuschläge für spätere Monate
ändern sich.

Die Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Bekanntgabe in
Kraft.

Wiesbaden, den 4. November 1918.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses:

J.-Nr. II. G. 1154.

von Heimbura.

Bekanntmachung.

Betrifft: Die Höchstpreise der gelben Kohlrübe.

Im Anschluß an unser Rundschreiben Nr. 178 über die Be-
wirtschaftung von Kohlrüben teilen wir mit, daß den Anbauern
für sämtliche Futter- und Wasserrüben, sowie für Kohlrüben eine
Vergütung für Aufwendung von Arbeit oder an Kosten für die
Aufbewahrung gewährt werden darf.

Diese beträgt:

bis zum 30. November 1918 30 Pfg. je Zentner,

später bis zum 31. März 1919

für jeden 1/4 Monat mehr 15 Pfg. je Zentner.

Unter Berücksichtigung der Anfuhrprämie, die laut Rundschrei-
ben Nr. 177 nur für gelbe Kohlrüben gezahlt werden darf, be-
trägt demnach der Preis, der für diese gelben Kohlrüben im No-
vember den Erzeugern zu zahlen ist:

Grundpreis M. 2.25 je Zentner

Anfuhrprämie M. —.75 je Zentner

Aufbewahrungszuschlag M. —.30 je Zentner

zusammen M. 3.30 je Zentner

Bezirksstelle für Gemüse und Obst für den Regierungsbezirk

Wiesbaden.

(Geschäftsabteilung.)

Wird hiermit veröffentlicht.

Wiesbaden, den 6. November 1918.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses:

J.-Nr. II. G. 1180.

von Heimbura.

Bekanntmachung.

Anstelle des antragsgemäß aus dem Amte zurückgetretenen
Ortsgerichtsoorsteuers Heuß in Breckenheim ist der Bürgermeister
Wink in Breckenheim als Ortsgerichtsoorsteher ernannt worden.

Wiesbaden, den 8. November 1918.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses:

J.-Nr. 1511.2 (415/11)

von Heimbura.

Nichtamtlicher Teil.

Die Umwälzung im Reiche.

Die Volksregierung an das Heer.

Ab Berlin, 12. November. Telegramm der Volksregie-
rung an die Oberste Heeresleitung.

Die Volksregierung ist von dem Wunsche befeuert, daß jeder
unserer Soldaten nach den unglücklichen Beiden und den unerhörten
Entbehrungen in kürzester Zeit nach der Heimat zurückkehrt. Dieses
Ziel ist aber nur zu erreichen, wenn die Demobilisierung nach
einem geordneten Plane vor sich geht. Falls einzelne Truppen
willkürlich zurückfluten, so gefährden sie sich selbst, ihre Kameraden
und die Heimat auf das schwerste.

Die Volksregierung erwartet von Euch strengste Selbstzucht,
um unerwünschten Schäden zu verhüten.

Wir erlauben die Oberste Heeresleitung, das Feldheer von vor-
stehender Erklärung der Volksregierung in Kenntnis zu setzen und
folgendes anzuordnen:

1. Das Verhältnis zwischen Offizier und Mann hat sich auf
gegenseitiges Vertrauen aufzubauen. Willige Unterordnung des
Mannes unter den Offizier und kameradschaftliche Behandlung des
Mannes durch den Vorgesetzten sind hierzu Vorbedingungen.

2. Das Vorgesetztenverhältnis des Offiziers bleibt bestehen. Un-
bedingter Gehorsam im Dienst ist von entscheidender Bedeutung für
das Gelingen der Rückführung in die deutsche Heimat. Militärische
Disziplin und Ordnung im Heere müssen deshalb unter allen Um-
ständen aufrecht erhalten werden.

3. Die Soldatenräte haben zur Aufrechterhaltung des Ver-
trauens zwischen Offizier und Mann beratende Stimme in Fragen
der Verpflegung, des Urlaubs, der Beförderung von Disziplin-
strafen. Ihre oberste Pflicht ist, auf die Verhinderung von Unord-
nung und Meuterei hinzuwirken.

4. Gleiche Ernährung für Offiziere, Beamten und Mann-
schaften.

5. Gleiche Zuschüsse zu den Wohnungen, gleiche Feldzulagen für
Offiziere und Mannschaften.

6. Von der Waffe gegen Angehörige des eigenen Volkes ist nur
in der Notwehr und zur Verhinderung von Plünderungen Ge-
brauch zu machen.

gez.: Ebert, Haase, Scheidemann, Landsberg, Barth.

Die Aufrechterhaltung der Volksernährung.

Ab Berlin, 13. November. Die Aufrechterhaltung der
Volksernährung erfordert unbedingt, daß keinerlei Eingriffe in die
öffentlich bewirtschafteten Lebensmittel durch unbefugte Stellen vor-
genommen werden. Verfügungen von Arbeiter- und Soldatenräten
über die Bestände an Mehl, Getreide und anderen Lebensmitteln,
die der Reichsgroßverteilung, einer anderen Lebensmittelstelle oder
einem Kommunalverband gehören, müssen daher unbedingt unter-
bleiben und soweit sie getroffen sind, sofort rückgängig gemacht
werden.

Die Reichsleitung: Ebert, Haase.

Ab Berlin, 13. November. Wir erlauben dringend, auf die
Bevölkerung einzuwirken, daß sie ruhig an ihrem Wohnort bleibt
und nicht aus Furcht vor feindlicher Besetzung flieht. Die Ernäh-
rungslage verbietet es, jetzt größere Bevölkerungsverschiebungen
vorzunehmen, da die Zuziehenden in anderen Kommunalverbänden
nicht mitversorgt werden können. Flüchtlinge würden daher dem
größten Elend entgegengehen.

Die Reichsleitung: Ebert, Haase.

Keine Eingriffe in das Verkehrswesen!

Ab Berlin, 13. November. In den letzten Tagen wurde
wiederholt in den Betrieb und die Verwaltung des öffentlichen

Verkehrswesens eingegriffen. Es wird dringend gewarnt, solche
Eingriffe zu wiederholen. Zur Lösung der schweren Aufgaben, die
dem Volke durch die Durchführung der harten Waffenstillstandsbe-
dingungen, die Rückführung der Truppen und die Ernährung
des Volkes und Heeres auferlegt sind, ist der ungehinderte Gang
der Eisenbahnverwaltung erforderlich. Jede Einmischung von
außen, auch wenn diese in der besten Absicht, kann unab-
sehbare Unheil anrichten. Werden Willkür, festgestellt, so
wende man sich an den Volksbeauftragten Dittmann, dem die Auf-
sicht über das Verkehrswesen übertragen ist, aber man hüte sich,
einzelne Bahnbehörden oder gar das Eisenbahnministerium lahm
zu legen. Wer das tut, leistet der Sache des Volkes und der Frei-
heit Verrat.

Der Rat der Volksbeauftragten: Ebert, Haase.

Das Regierungsprogramm in Preußen.

Eine Rundgebung.

Ab Berlin, 13. November. An das preußische Volk!
Preußen ist, wie das Deutsche Reich und die anderen deutschen
Bundesstaaten, durch den Willen des Volkes zum freien Staat ge-
worden. Aufgabe der neuen preußischen Landesregierung ist es,
das alte, von Grund auf reaktionäre Preußen so rasch wie möglich
in einen völlig demokratischen Bestandteil der einheitlichen Volks-
republik zu verwandeln. Ueber die zukünftigen Staatseinrichtun-
gen Preußens, seine Beziehungen zum Reich, zu den anderen deut-
schen Staaten und zum Ausland wird die verfassungsgebende Ver-
sammlung entscheiden. Ihre Wahl erfolgt auf den Grundlagen
des gleichen Wahlrechts für alle Männer und Frauen und nach dem
Verhältnismäßigkeitsprinzip. Bis zum Zusammentritt der verfassung-
gebenden Versammlung hat die vorläufige Regierung, die getragen
ist von dem Vertrauen der Arbeiter- und Soldatenräte, die Ge-
schäfte übernommen. Sie sieht ihre erste Aufgabe darin, im engen
Zusammenhang mit der neuen Reichsleitung für die Ordnung und
Sicherheit im Lande und für die Volksernährung zu sorgen. Sie
ist dabei angewiesen auf das Verständnis und den guten Willen
der Bevölkerung im allgemeinen und insbesondere auf die ge-
wissenhafte Mitarbeit aller Beamten in Staat und Selbstverwal-
tungsgemeinschaften. Alle Beamten, die sich der neuen Regierung
stellen, sind ausdrücklich in ihren Rechten bestätigt und auf ihre
Pflichten hingewiesen. Von den zahlreichen Aufgaben, vor die sich
das neue, freie Preußen jetzt und in Zukunft gestellt sieht, seien
nur diese hervorgehoben: Durchführung der uneingeschränkten
Koalitionsfreiheit für alle Staatsarbeiter und Beamten, gründ-
liche Reform der Besoldung und Lohnverhältnisse der Arbeiter und
Beamten einschließlich der Pensionäre und Altpensionäre, und bis
zur endgültigen Regelung die Gewährung ausreichender Teuer-
ungszulagen, Ausbau aller Bildungsinstitute, insbesondere der
Volkschule, und Schaffung einer Einheitschule, Befreiung der
Schule von jeglicher kirchlichen Bevormundung, Trennung von
Staat und Kirche, Demokratisierung aller Verwaltungskörper-
schaften, Beseitigung der Gutsbezirke, völlig gleiches Wahlrecht
beider Geschlechter für alle Gemeindevertretungen in Stadt und
Land, entsprechende demokratische Umgestaltung der Kreis- und
Provinzialverwaltungskörper, raschster Ausbau und Entwidlung
aller Verkehrsmittel, insbesondere der Eisenbahnen und Kanäle,
Hebung und Modernisierung von Industrie und Landwirtschaft,
Veranschaulichung der dazu geeigneten industriellen und landwirt-
schaftlichen Großbetriebe, Umgestaltung der Rechtspflege und des
Strafvollzugs im Geiste der Demokratie und des Sozialismus,
Reform des gesamten Steuerwesens nach den Grundfragen
strengster sozialer Gerechtigkeit. Es ist eine ernste, schwere Zeit,
in der die Regierung an ihre Arbeit gehen muß.

Bedrückend ist die Fülle der Aufgaben, vor die sie sich gestellt
sieht. In den vier Jahren des furchtbaren Krieges haben sich die
menschlichen und wirtschaftlichen Kräfte des Landes erschöpft. Nur
durch einmütiges Zusammenstreben des gesamten Volkes kann der
Untergang abgewendet werden. Nur so können wir denen, die

jetzt aus dem Felde zurückkehren sollen, nicht ihre Leiden und
Opfer vergelten, wohl aber die Fortführung dieser Leiden erpa-
ren. Nur so können wir das Gelingen des Hungers bannen, das
vornehmlich unsere Frauen, Kinder und Kranken schon jetzt aufs
schwerste bedroht. Was wir alle haben wollen: Freiheit, Frieden
und Brot, kann nur gesichert werden, wenn das wirtschaftliche Le-
ben in Stadt und Land aufrecht erhalten bleibt. Darum steht zu-
sammen, heißt mit zum Wohl des Ganzen!

Berlin 13. November.

Die preußische Regierung: Hirsch, Ströbel, Braun, Eugen
Ernst, Hähnlich, Adolf Hoffmann.

Ab Berlin, 13. November. Bekanntmachung. Nachdem
wir heute im Namen des Volksrates der Arbeiter- und Sol-
datenrates die Staatsleitung in Preußen übernommen haben,
fordern wir sämtliche preußische Behörden und Beamten auf, ihre
amtliche Tätigkeit fortzusetzen, um auch ihrerseits im Interesse des
Vaterlandes zur Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung
beizutragen, wogegen ihnen ihre gesetzlichen Ansprüche unverzüglich
verbleiben sollen.

Die preußische Regierung:

Hirsch, Ströbel, Braun, Eugen Ernst, Hähnlich, Adolf Hoffmann.

Die Verwaltung der Gemeinden.

Ab Berlin, 13. November. Die preußische Regierung
(gez. Hirsch, Ströbel) hat an alle Oberpräsidenten und Regierungs-
präsidenten folgendes Telegramm gerichtet: In einer Reihe von
Städtegemeinden sind die Stadtkommissionenverordnungen und
Deputationen aufgehoben und an ihre Stelle für die gesamte Ge-
meindeverwaltung die zur Durchführung der Revolution gebildeten
Organe gesetzt worden. Ein derartiges Vorgehen widerspricht den
grundlegenden Erlässen der neuen Zentralorgane in Reich und
Staat. Es gefährdet aufs höchste den ruhigen Fortgang der
Volksernährung, die Unterstützung bedürftiger Familien, der
Krankenfürsorge und aller sonstigen kommunalen Aufgaben.
Selbstverständlich können grundlegende Änderungen in der Or-
ganisation einzelner Gemeindeverwaltungen nur infolge eines ein-
heitlichen gesetzgeberischen Vorgehens erfolgen. Nachdem gestern
der Rat der Volksbeauftragten ein bestimmtes Programm für die
Bahlen zu den öffentlichen Körperschaften vorgelegen hat, bleibt
bis zu dessen Durchführung die bisherige Organisation in allen
Städtegemeinden und sonstigen Kommunalverbänden bestehen.

Der Thronverzicht des Königs von Bayern.

Ab München, 13. November. Die Korrespondenz Hoff-
mann meldet amtlich: Dem Ministerium ging folgende Erklärung zu:
„Zeit meines Lebens habe ich mit dem Volke und für das Volk
gearbeitet. Die Sorge um das Wohl meines geliebten Bayern war
stets mein hohes Bestreben. Nachdem infolge der Ereignisse der
letzten Tage ich nicht mehr in der Lage bin, die Regierung weiter-
zuführen, stelle ich allen Beamten und Offizieren und Soldaten die
Weiterarbeit unter den gegebenen Verhältnissen frei und entbinde
sie des mir geleisteten Treueschwurs. Am 13. November. Ludwig.“

Auf diese Rundgebung wurde geantwortet: Der Ministerrat des
Volksstaats nimmt den Thronverzicht Ludwigs III. zur Kenntnis.
Es steht dem ehemaligen König und seiner Familie nichts im Weg,
sich wie jeder andere Bürger frei und unangestastet in Bayern zu
bewegen, sofern er und seine Angehörigen gegen den Bestand des
Volksstaats nichts unternehmen. Der Ministerrat des Volksstaats
Bayern: Kurt Eisner, Bauer, v. Frauendorfer, Jaffe, Rohhaupter,
Limm, Unterleitner.

München, 13. November. Aus unterrichteten Kreisen wird
den „Münchner Neuesten Nachrichten“ über die Abreise des Königs-
paares mitgeteilt, daß der König nach Donnerstag nachmittags mit
seinen Töchtern den gewöhnlichen Spaziergang gemacht habe. Ein
einfacher Mann habe ihm gesagt: „Majestät, machen Sie, daß Sie
nach Hause kommen, es steht nicht gut.“ Erst spät abends hätten
die Minister die Ausrufung der Republik mitgeteilt. Um 9 Uhr

habe die Familie ohne weitere Begleitung am Markt ein Automobil bestiegen. In Wiltenburg sei die Königsfamilie einen Tag geblieben. Der jehrig Wiltenburg sei auch dem Hofe nachstehenden Hofe unbekannt.

Wien, 13. November. Nach einer Meldung des „Neuen Wiener Tagblattes“ soll die Königin am Dienstag nachmittags gestorben sein. Eine Bestätigung war bis zur Stunde noch nicht zu erhalten.

Wien, 13. November. Wie die „Münchener Volkszeitung“ meldet, ist heute Nacht an den Folgen der erlittenen Ausregungen und überfüllten Stube aus München, die schon früher hergelebende Königin Marie Theresia von Bayern in Barmherzigkeit gestorben. Sie vermählte sich am 20. Februar 1868 mit dem Prinzen und späteren König Ludwig III. von Bayern. Sie hatte stets ein offenes Herz und eine offene Hand für alle Wohltätigkeitsbestrebungen. Insbesondere trat dies während des Krieges in Erscheinung. Ihre Kriegsnähe wurde eine der segensreichsten und größten Kriegsheimatshilfskräfte in ganz Deutschland.

Weitere Thronverträge.

Ab Dresden, 13. November. Dem vereinigten revolutionären Arbeiter- und Soldatenrat in Groß-Dresden ging soeben folgendes Schreiben zu: An den Arbeiter- und Soldatenrat, Dresden, Ständehaus. Auf eine heute früh mündlich an den Finanzminister gerichtete Anfrage teilte ich mit, daß der König auf den Thron verzichtet. Gleichzeitig hat Seine Majestät alle Offiziere, Beamten, Geistliche und Lehrer von dem ihm geleisteten Treueid entbunden und sie gebeten, im Interesse des Vaterlandes auch unter den veränderten Verhältnissen ihren Dienst weiter zu tun. Minister des Innern Dr. Koch.

Köln, 13. November. Fürst Friedrich von Waldeck-Pyrmont hat auf die Regierung freiwillig verzichtet.

Sachsen-Meinungen. Saalfeld. Herzog Bernhard und Prinz Ernst haben endgültig abgedankt. Prinz Ernst erhält fünf Millionen Mark Abfindung. Sachsen-Meinungen wurde zur Republik ausgerufen, die Domänen als Staatsgut erklärt.

Dresden, 13. November. Wie verlautet, befindet sich Kaiser Karl nebst Gemahlin im Lustschloß Moritzburg bei Dresden, wo sich auch der König von Sachsen aufhält.

Dem Großherzog von Baden die Abdankung gefordert.

Der Großherzog wurde von den Soldatenräten in Heidelberg und Rastatt aufgefordert, die großherzogliche Würde niederzulegen. Man erwartet bereits für die nächsten Tage den Rücktritt des Großherzogs.

Wien, 13. November. Aus Anlaß mehrerer Einzelfälle entschied die Reichsregierung, daß die Arbeiter- und Soldatenräte nicht befugt sind, Zahlungen aus Regierungen- und Kreisstellen anzumelden und zu erheben. Ebenso sind die Arbeiter- und Soldatenräte nicht befugt, die bisherigen Gebühren selbständig zu erheben.

Berlin, 13. November. Wie eine hiesige Korrespondenz mitteilt, wird zum Staatssekretär im Reichsamt der bisherigen Unterstaatssekretär Schiller ernannt. Der bekannte national-liberale Abgeordnete. Der unabhängige Sozialdemokrat Eduard Baumbach tritt in das Reichsamt ein.

Berlin, 13. November. Dem „Köln-Anzeiger“ zufolge wird der bisherige Unterstaatssekretär des Reichsamt des Reichsamt Dr. August Müller nachfolgend des Reichsamt von Stein werden.

Die Lebensmittellieferanten an der Front. Wie der „Berl. A.-M.“ hört, kommen vom Westen her dringende Rufe nach schleunigster Entsendung von Lastwagen zur Hilfsschaffung der ungeheuren Lebensmittellieferanten, die für unsere Truppen dort aufgeschleppt sind. Sie geraten in Gefahr, verloren zu gehen, wenn diesen Rufen nicht sofort in der umfassendsten Weise entsprochen wird.

Berlin, 13. November. Wie in allen Städten Deutschlands von über 7000 Einwohnern Soldaten- und Arbeiterräte gebildet. Die neue sozialistische Regierung erklärte Montag nachmittag in einer Sitzung der Soldatenräte im Reichstag den vollen Sieg der Regierung und des Sozialismus in Deutschland.

An die Ober- und Regierungspräsidenten.

Ab Berlin, 13. November. Telegrafischer Erlaß an alle Ober- und Regierungspräsidenten: Aus Kriess der Verwaltungsbehörden ergingen Anfragen hierher, in welchen Formen sich die Zusammenarbeit mit den Arbeiter- und Soldatenräten sowie mit etwa entstehenden Bauernräten am zweckmäßigsten vollziehen soll. Auf diese Anfrage ist zu erwidern, daß die Vertreter des Arbeiter- und Soldatenrates bzw. Bauernrates als Kontrollinstanz den einzelnen Verwaltungsbehörden, insbesondere also den Oberpräsidenten, den Regierungen und Landratsämtern zur Seite zu treten haben und bei allen wichtigen Verhandlungen hinzuzuziehen sind. Die Form dieser Zusage wird sich vom Standpunkt gegenseitiger sozialer Unterstützung im einzelnen leicht finden lassen, wenn dabei das Ziel unbedingter Festhaltung jeder Ordnung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit im Auge behalten wird.

Die preußische Regierung: Hirsch, Ströbel.

Ab Berlin, 13. November. Die Arbeiter- und Soldatenräte werden ersucht, zu veranlassen, daß die Kriegsgefangenen von folgender Erklärung der Regierung in Kenntnis gesetzt werden: Die Regierung wird dafür sorgen, daß die im Inlande befindlichen Kriegsgefangenen, welche nicht die Absicht haben, hier zu bleiben, Gelegenheit erhalten, nach Friedensschluß ohne Verhinderung in die Heimat zurückzukehren. Sie empfinden das harte Los der Kriegsgefangenen in unseren Händen ebenso wie dasjenige der deutschen Kriegsgefangenen im Ausland. Sie erwarten, daß die Kriegsgefangenen überall aufs humanste behandelt werden, und wird nachdrücklich eingreifen, sobald von untergeordneten Behörden und Privatpersonen ein Mißbrauch gegen sie erfolgt. Sie fordert aber die Kriegsgefangenen im eigenen Interesse auf, bei ihrer Beschäftigung bis zu dem angegebenen Zeitpunkt auszuharren. Ein Zurückziehen der Kriegsgefangenen unter Verletzung des gezogenen Paktens für die Rückführung würde zu schwersten Schäden für sie selbst wie für die Bevölkerung führen.

Der Waffenstillstand.

Die Flotte im Waffenstillstandsvertrag.

Ab Berlin, 13. November. Zu Ziffer 23 der Waffenstillstandsbedingungen (Unterwerfung deutscher Kriegsschiffe in neutralen Häfen oder in Häfen der verbündeten Mächte) sind von England zunächst folgende Kriegsschiffe namhaft gemacht worden: „Bayern“, „König Albert“, „Großer Kurfürst“, „Kronprinz Wilhelm“, „Markgraf“, „Friedrich der Große“, „Kaiser“, „Prinzregent Luise“, „Hindenburg“, „Verffing“, „Seeadler“, „Moltke“, „Tann“, „Brummer“, „Bismarck“, „König“, „Dresden“, „Wenden“, „Frankfurt“ und „Wesbaden“, sowie fünfzig modernste Zerstörer. Die Abfahrt muß bis zum 18. November 5 Uhr früh erfolgen. Das Ziel ist noch nicht bekannt. Die Schiffe sollen mit beschränkter Besatzung fahren und ohne Munition.

Heber den Rücktransport unseres Front- und Besatzungsheeres nach der Heimat schienen an den maßgebenden Stellen endgültige Bestimmungen noch nicht getroffen zu sein. Nach der „Kölnischen Zeitung“ ist in Aussicht genommen, daß das Heer zu Fuß bis an unsere Landesgrenze oder wenigstens bis weit nach Belgien hinein gehen soll, wo dann die großen Zugtransporte zusammengestellt werden sollen. Sozial scheint jedenfalls festzustellen, daß von Freitag, 15. ds. M. an eine ganz erhebliche Einschränkung des Zivilpersonenverkehrs in Aussicht genommen und namentlich beachtet ist, daß Zivilreisende nur mit besonderer Genehmigung zum Grenzverkehr zugelassen werden.

Die Befragung der Rheinflotte.

Köln, 13. November. Die Frage, wann die feindliche Besatzung in den Rheinstädten zu erwarten sei, wird nach Mitteilung der aus dem Großen Hauptquartier zurückgekehrten Mitglieder des Kölner Arbeiter- und Soldatenrates von der Obersten Heeresleitung auf das Bestimmteste dahin beantwortet, daß mindestens 31 Tage vergangen werden.

Wissen an die deutsche Regierung.

Die versprochene Nahrungsmittelhilfe.

Ab Rotterdam, 14. November. (Drahtlos.) Hier wurde folgender Funkspruch des Schweizer Gesandten in Washington an das Ministerium des Inneren in Bern aufgegeben:

Ich habe dem Staatsdepartement ohne Verzug die Mitteilung der deutschen Regierung zugestellt. Der Staatssekretär erwiderte, folgende Antwort zu übermitteln: In der gemeinsamen Sitzung beider Häuser im Kongress hat der Präsident der Vereinigten Staaten erklärt, daß die Vertreter der alliierten Regierungen in dem Obersten Kriegsrat in Versailles durch einstimmigen Beschluß den Mittelmächten zugesichert haben, sie mit Lebensmitteln zu versorgen und die Not zu erleichtern, die an vielen Orten geradezu das Leben bedroht, und daß unmittelbare Schritte getan werden können, um diese Unterstützung mit derselben systematischen Weise zu organisieren, wie es im Falle mit Belgien geschehen ist. Weiterhin wurde der Präsident seine Ansicht aus, daß es mit Hilfe der Mittelmächte Schiffe der Mittelmächte alsbald möglich sein müsse, ihre unterdrückte Bevölkerung von der Furcht vor völliger Verelendung zu befreien und ihren Sinn und ihre Energie für die großen und gefährlichen Aufgaben des politischen Wiederaufbaus frei zu machen, denen sie gegenüberstehen. Dementsprechend beauftragte mich der Präsident, zu erklären, daß er bereit sei, die Befreiung Deutschlands mit Lebensmitteln in wohlwollender Erwägung zu stehen und die Frage sofort mit den Verbündeten zu erörtern, vorausgesetzt, daß ihm berichtet werden kann, daß die öffentliche Ordnung in Deutschland weiterhin herrschend bleibt und daß eine unparteiliche Verteilung der Lebensmittel vorliegt ist.

gez. Sulzer, Schweizerischer Gesandter.

Aus Paris wird gemeldet, daß die deutsche Demobilisation mangelhaft verläuft. Die Amerikaner würden in der Richtung auf Metz und Straßburg vorrücken, wo sie zu Beginn der nächsten Woche eintreffen würden. Die offizielle Übernahme beider Städte werde durch Furcht erfolgen. Clemenceau und Boicard würden dabei anwesend sein. Das Arrondissement Brien sei bereits geräumt. Köln. Wie der „Kölnische Volkszeitung“ von gut unterrichteter Seite mitgeteilt wird, wird die Einheit der Verwaltung und der Zusammenhang zwischen dem linksrheinischen und dem übrigen Deutschland auch unter der feindlichen Besatzung gewahrt bleiben.

Ein Präliminarfrieden?

Köln, 14. November. Wie die „Kölnische Volkszeitung“ von zuverlässiger Seite erfährt, ist der Abschluß eines Präliminarfriedens bereits angebahnt. Bei den Verhandlungen im französischen Hauptquartier waren, wie dem Blatt mitgeteilt wird, nur Franzosen und Engländer beteiligt, Italiener und Amerikaner waren nicht zugegen.

Ein neuer Funkspruch Hindenburgs.

Generalfeldmarschall von Hindenburg hat folgenden Funkspruch ergeben lassen: Funkspruch an alle, besonders an Heeresgruppe Radenst. Ich fühle mich wie vor an der Spitze der Obersten Heeresleitung, um die Truppenteile in Ordnung gefügt in die Heimat zurückzuführen. Ich erwarte, daß alle Kameraden, Behörden, Offiziere und Mannschaften auch weiterhin ihre Pflicht tun. Dies ist allen Truppen bekannt zu geben.

Gegen ein planloses Zurückfluten der Truppen.

Ab Berlin, 14. November. Dem Rat der Volksbeauftragten ist bekannt geworden, daß durch die Anordnungen des Arbeiter- und Soldatenrates in Köln eine ungeheure Katastrophe und Chaos vermieden worden sind, die durch die planlos zurückflutenden Truppenteile und die aus Furcht vor Internierung fliehenden, im militärischen Alter stehenden Zivilpersonen zu entstehen drohen. Zum Abwürgen dieser Leute wurde im Gegendgebiet ein Kordon gebildet, der die zurückflutenden Soldaten aufnimmt, sie ihren Truppenteilen zuführt und für die Einmündung der Waffen sorgt. Ein zweiter Kordon wird an allen Rheinübergängen gebildet.

Das Verhalten des Arbeiter- und Soldatenrates in Köln in dieser Angelegenheit ist für sämtliche Arbeiter- und Soldatenräte vorbildlich. Es ist eine der wichtigsten Aufgaben dieser Körperschaften, daß sie die von ihren Truppenteilen getrennten Soldaten möglichst rasch zur Rückkehr in die Truppe oder in die Erbschaftsformation und damit zur Regelung ihrer Versorgung- und Ernährungsverhältnisse verhelfen. Die große Aufgabe der Demobilisierung kann nur dann ohne schwere Erschütterungen der öffentlichen Ordnung gelöst werden, wenn die Arbeiter- und Soldatenräte den Demobilisierungsbehörden freiwillige Hilfe leisten.

Befragungsfrage und Lebensmittelforschung.

In weiten Kreisen war die Meinung verbreitet, daß die feindliche Besatzung von Mainz, Koblenz, Köln, schon in wenigen Tagen erfolgen werde, und daß die militärisch-pflichtige Zivilbevölkerung mit der Internierung rechnen müsse. Der Staatssekretär des Auswärtigen Dr. Solf hat dazu dem Arbeiter- und Soldatenrat in Köln telegraphiert: „Nach Artikel 5 des Waffenstillstandsvertrags hat Räumung der links- und rechtsrheinischen Gebiete innerhalb 31 Tagen nach Unterzeichnung des Waffenstillstandes zu erfolgen. Vor Ablauf dieser Frist ist demnach feindliche Besatzung nicht zu erwarten. Militärisch-pflichtige Zivilbevölkerung ist nicht mit Internierung bedroht.“

Ab Haag, 13. November. 25 000 Mann deutscher Truppen, die aus Belgien kamen, erreichten die holländische Grenze bei Aalst und wurden dem Durchmarsch mit Waffengewalt erzwungen. Durch Vermittelung der deutschen Gesandtschaft wurde ein Eingreifen der deutschen Truppen vermieden, und es wurde erreicht, daß der Durchmarsch nach Niederlegung der Waffen gestattet wurde.

Tragisches Ende des Dänischschiffes „Schlesien“.

Berlin, 14. November. Aus Schleswig-Holstein kommt die Nachricht, daß das Dänischschiff „Schlesien“ mit 13 200 Tonnen, das im Jahre 1916 gebaut wurde, torpediert worden ist. Das Schiff war kurz nach den Kieler Ereignissen in Flensburg vor Anker gegangen. Dort wurde die Mannschaft von den Ausländischen aufgefördert, von Bord zu gehen. 400 Mann kamen dieser Aufforderung nach. Mit dem Rest der Besatzung, etwa 200 Marinesoldaten und 120 Mann, dampfte das Schiff nach der dänischen Insel Aegø, wo es von zwei deutschen U-Booten getroffen wurde. Die rote Flagge geflatterte, versetzt wurde und weil auch seine Munition zu explodieren begann. Um der Internierung zu entgehen, verließ die „Schlesien“ den dänischen Hafen wieder mit dem Ziel, in die norwegischen Gewässer zu gelangen. Hierbei wurde sie von einem anderen Kriegsschiff aus torpediert und ist mit Mann und Maus untergegangen. Die Kriegsbesatzung war 943 Mann stark, jedoch mit einem Verlust von etwa 450 Menschen zu rechnen ist.

Ein Vorbild der Bürgertugend.

Die beispiellose Bereitschaft der Weisheitsliebe ist eine fromme Fabel. Gestützt auf zahlreiche Dokumente, hatten wir noch heute dafür, daß Deutschlands Sache im Weltkrieg die gerechtere war; trotzdem haben die rohe Macht der Zahl und eine überlegene Politik, die besonders das schleichende Gift der Lüge zu handhaben wußte, gegen uns entworfen. Blutige Tränen möchte man weinen ob allen Heldentums, das vier lange, lange Jahre eine Welt von Feinden in Schach hielt und doch das bittere Ende nicht wenden konnte. Unter den Männern, die jeden nationalen gesunden Deutschen stets mit Stolz erfüllen werden, obgleich ihnen nach vielen glänzenden Erfolgen der Gaderfolg verfallen blieb, steht in erster Reihe Generalfeldmarschall Hindenburg. Zu den höchsten Kapiteln der Kriegsgeschichte gehören die strahlenden Siege, die seine geniale Feldherrnkunst im Osten erristete; welche ungeheure Arbeit er darauf geleistet hat, als er, leider wohl schon zu spät, zum obersten Leiter der gesamten Kriegsführung berufen wurde, wird die Forschung feststellen haben. Selbst schmachträchtigen Feinden zwang er Bewunderung ab, als er vor ihren erdrückenden Massen an Menschen und Material sich langsam und voller Bedacht zurückzog, immer bereit zu wuchtigen Brankenschlag wie ein Bär, der vor der wild anstürmenden Meute der Hunde zur Hölle weicht. Als nun in der Heimat die Revolution sich erhob, als sein kalter,

sicher Herr der Krone entlagte und das Waffensingen nur noch nach Stunden zählte, da hätte kein billiger Denkfänger es dem hochbetagten Feldmarschall verargen können, wenn er nun auch die fürchterliche schwere Bürde seines Amtes niedergelegt hätte und mit einer bewundernswürdigen Geduld der Botschaften von der Bühne abgetreten wäre. Seiner Herkunft, seiner Erziehung und ganzen Weltanschauung nach mußte er dem neuen Regiment in Deutschland abgeneigt sein, aber nach so vielen Siegen über den Feind gewann er den schweren Sieg über sich selbst, Trennendes beiseite zu legen und den Männern, die jetzt das Ruder halten, seine unerschöpflichen Dienste anzubieten. Das geschah, weil ihm die Pflicht gegen das Vaterland über allem stand, und das Vaterland erforderte in finsterner Zeit, solch eine Einigkeit aller Deutschen. Ohne jedes Ehrgefühl mußte der Soldat sein, der nicht auf die Worte hört: „Im Kampfe habt ihr euern Generalfeldmarschall nie im Stich gelassen; ich vertraue auch jetzt auf euch!“ Ein leuchtendes Vorbild mannhafter Vaterlandsliebe und Bürgertugend, steht der Generalfeldmarschall für alle Volksgenossen da; wenn ein Hindenburg seine Bedenken übernahm, wer dort dann noch von bänglichen Opportunismus reden? Glücklicherweise ist nach den jüngsten Rundgeboten der sozialdemokratischen Regierung kaum mehr zu fürchten, daß sie die Opfer, die Generalfeldmarschall Hindenburg und unzählige andere Anführer seiner Weltanschauung der Allgemeinheit gebracht haben, dankbar loben werde, daß sie ihnen in schänder Ungerechtigkeit verweigerte, zur künftigen Ausgestaltung Deutschlands ihre Stimme in die Wagschale zu werfen. (Köln. Ztg.)

Tages-Rundschau.

Das Ergebnis der 9. Kriegsanleihe.

Ab Berlin, 12. November. Das Ergebnis der 9. Kriegsanleihe beträgt nach den bisher vorliegenden Meldungen ohne die zum Umtausch gelangenden älteren Kriegsanleihen 10 Milliarden 374 Millionen Mark. Zeitanzeigen haben noch aus, jedoch sich der Gesamtbeitrag noch etwas höher stellen dürfte. Im Hinblick auf die schwierigen Verhältnisse, unter denen die Kriegsanleihe aufgelegt wurde, muß dieses Ergebnis, wenn gleich es an die Resultate der vorangegangenen Anleihen erklärlicherweise nicht heranreicht, doch als höchst befriedigend bezeichnet werden.

Berlin, 12. November. Der „Vorwärts“ erscheint jetzt zweimal täglich.

Ab München, 14. November. Ueber das Befinden der Königin Marie Theresie meldet die Korrespondenz Hoffmann: Nach den von uns am maßgebender Stelle eingezogenen Gutachten ist an der Blüthenbildung, daß die Königin Marie Theresie gestorben ist, kein wahres Wort. Die Königin ist allerdings leidend, ihr Befinden hat sich aber in der Zeit gebessert und gibt zu Befürchtungen keinen Anlaß.

Rücktritt Schwanders.

Straßburg, 14. November. Statthalter Schwander und Staatssekretär Haug haben ihre Ämter niedergelegt.

Kein Geheimvertrag zwischen Deutschland und Japan.

Ab Berlin, 14. November. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Mehrere Zeitungen bringen den Text eines angeblichen Memorandums, das ein japanischer Gesandter namens Uda in Berlin übergeben haben soll, und den Text eines angeblich im Entwurf bereits festgestellten Geheimvertrages zwischen Deutschland und Japan. Wir sind von zuverlässiger Stelle zu der Erklärung berechtigt, daß die ganze Nachricht von Anfang bis zu Ende glatt erfunden ist.

Befugung des kgl. Generalkommandos des 18. Armee-korps.

Die Entlassung im Heere.

Trotz der Absperrung der Rheinbrücken muß nach den kurzen Erfahrungen der vergangenen Tage damit gerechnet werden, daß sich in kürzester Zeit in den großen Städten des Westens bedeutende Massen einzeln von der Front zurückkehrende Militärpersonen aufeinanderballen werden. Dies umfomere, wenn diese Städte wie Frankfurt, Wiesbaden und Mainz an den großen nach dem Osten führenden Verkehrsadern liegen.

Die Folgen sind ohne weiteres klar. Ordnungslose und gefährliche Massen, bewaffnet, ohne Arbeit, ohne ausreichende Lebensmittel, womöglich ohne hinreichendes Obdach, Eindringen in die Privatwohnungen, Raub und Plünderungen, Hungersnot und namenloses Elend des gesamten Westens wäre die unausbleibliche Folge.

Das muß vermieden werden.

Ueber Bereitstellung von Unterkunft und Verpflegung ergeben sich besondere Bestimmungen.

Es kommt aber darauf an, die Massen von den großen anziehungsstarken Städten zum Abfluten zu bringen und in diesen Städten nur so viel Mannschaften unter den Waffen zu halten, als zur Erledigung des Sicherheitsdienstes und zur Durchführung der Demobilisation nötig sind.

Dazu wird folgendes bestimmt:

1. Bei den Truppen des Landbezirks sind zu entlassen:
 - a) Angehörige des Landsturms 2. Aufgebots.
2. die Angehörigen folgender Arbeitsklassen:
 - a) Eisenbahn — einschließlich Privat- und Kleinbahnen —
 - b) Schiffahrtswesen (Soweit es sich nicht um Angehörige des Schiffs-Er.-Baus, handelt).
 - c) Öffentlicher Verkehr (Straßenbahn usw.).
 - d) Öffentlicher Sicherheitsdienst.
 - e) Bergbau und Hüttenwesen.
 - f) Elektrizität, Gas- und Wasserwerke.
 - g) Beamte der wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter- und Arbeitnehmer-Verbände (Gewerkschaften u. dergl.) und die Arbeitsnachweisebeamten.
 - h) Landwirte.

Ausgenommen von der Entlassung sind:

1. die Mannschaften der vorgenannten Art, die ihre Entlassung ausdrücklich nicht wünschen — ohne Rücksicht auf ihr Alter.
2. sämtliche Mannschaften der Jahrgänge 1898 und 1899.
3. diejenigen Staatsbahnarbeiter, die sich im Dienstbereich des Fock und der Inspektion der Eisenbahnen befinden. Sie verbleiben bis auf weiteres zur Verfügung des Fock in ihrer derzeitigen Tätigkeit.
4. alle diejenigen, die mit einer Geschlechtskrankheit behaftet sind.

Sämtliche Entlassungen haben trotz der durch die Not gebotenen Eile streng nach den Grundregeln der Demobilisations-Anweisung zu erfolgen. Rassen sich die Versorgungsansprüche innerhalb von drei Tagen nicht klären, so ist vor der Anerkennung der Stammliste, in diese ein Vermerk aufzunehmen, daß die Betroffenen ihre Versorgungsansprüche nicht aufgeben. Auf das über Weid-pflichten, Entlassungsanträge usw. Gesagte wird besonders hingewiesen.

Bei Abzug der Offiziere und Mannschaften zu ihren Bezirkskommandos oder Ersatz-Truppenteilen sind ihnen alle vollständigen Marken und Verpflegungsgebühren auszuhandigen.

II. Diese Entlassungsmassnahmen werden in den Städten schon etwas Luft schaffen. Dies wird aber nicht genügen für alles, was von der Front nachdrängt, Raum zu schaffen.

Deshalb müssen auch alle einzelnen von der Front und der Heimat in einer Garnison des Korpsbezirks eintreffenden Militärpersonen, die keinem Ersatztruppenteil des Korps angehören, und dings so rasch als möglich abgeschoben werden.

Mit dieser Aufgabe und allem, was damit zusammenhängt, werden hiermit ausdrücklich die Garnisonkommandos (Gouvernements, Kommandanturen) betraut.

Dazu haben diese zunächst im Einklang mit den zuständigen Arbeiter- und Soldatenräten hingehend gleichlaufende Bekanntmachungen wie die beilegende durch die Zeitungen und großen öffentlichen Plakatschlag zur Kenntnis aller eintreffenden Militärpersonen zu bringen. Die Verfassung der beilegenden Bekanntmachungen ist dadurch wirksamer zu machen, daß Verpflegung oder Verpflegungsmassnahmen für alle Militärpersonen nur bei den Ersatztruppenteilen oder für die sofort Abschiebenden bei einer vom Garnisonkommando eigens dazu einzurichtenden Stelle aus gegeben werden.

Von den sich meldenden Leuten sind diejenigen, deren Ersatztruppenteile im Corpsbezirk liegt, diesem zuzuführen. Alle anderen, gleichviel welchen Alters und Berufs, gleichviel auch ob ihr Bezirkskommando in dem zu begehrenden oder nicht zu begehrenden Gebiet liegt, sind, soweit sie nicht bitten, wegen Arbeitslosigkeit etc. noch weiter im Heeresdienst bleiben zu dürfen, umgehend zu ihren Bezirkskommandos zu entsenden.

Wer noch im Dienst bleiben will, ist nach Möglichkeit seinem zuständigen, wenn dieser nicht bekannt ist, einem Ersatztruppenteil der betreffenden Garnison zu übermitteln.

Den zu ihren Bezirkskommandos zu entlassenden Militärpersonen ist ein Ausweis mitzugeben, aus dem hervorgeht, daß sie auf Befehl des Generalkommandos entlassen worden sind.

Der Abschied hat nach vorheriger Anfrage bei der zuständigen Militärkommandantur nach Transportmöglichkeiten in möglichst geschlossenen Abteilungen von in derselben Richtung fahrenden zu erfolgen. Die Truppen sind unter Führung verständiger älterer Leute zur Bahn zu bringen.

Es ist schärfstens darauf zu achten, daß vor jedem Weitertransport, handele es sich um einzelne Leute oder Abteilungen, alle Waffen und Munition abgegeben werden.

III. Am einen Ueberblick über den Gang der Demobilisierung und das Zurückkommen der Truppen zu gewinnen, melden an jedem ungeraden Tag telegraphisch an das Generalkommando:

1. die Garnisonkommandos wieviel Offiziere und Mannschaften nach außerhalb des Corpsbezirks liegenden Bezirkskommandos in dem betr. Zeitraum abgegeben wurden,
2. die Ersatztruppenteile a) wieviel Offiziere und Mannschaften in dem betr. Zeitraum entlassen und b) wieviel Angehörige fremder Truppenteile bei ihnen eingestellt wurden.

Im Auftrage des Arbeiter- und Soldatenrates.

Das Stello. Generalkommando des 18. A.R.
gez.: Studnik, Generalmajor.

Nassauische Nachrichten.

Wiesbaden. Das für Freitag dieser Woche, den 15. November, angelegte 3. Julius-Konzert wird bis auf weiteres verschoben.

— Das „Wiesbadener Tagebl.“ schreibt: Das Bemerkenswerteste vom Dienstag ist eine Unterredung des Arbeiter- und Soldatenrates mit dem Intendanten des Hoftheaters, Herrn Dr. v. Mühlendörfer. Der Intendant lehnte es ab, die neue Ordnung anzuerkennen und sich dem Arbeiter- und Soldatenrat zu unterstellen. Er zog aus dieser Haltung auch sofort die Konsequenzen und erklärte, von seinem Posten zurücktreten zu wollen. Der Rat setzte sich darauf mit Regisseur Ernst Begal in Verbindung, der sich bereit erklärte, vorläufig die Leitung des Theaters zu übernehmen, dem der Rat in Anknüpfung an dessen Tradition, den Namen Nassauisches Landestheater beilegte. Die Regelung der künstlerischen, überhaupt der persönlichen und finanziellen Fragen, steht vorerst noch aus. Die finanzielle Seite ist von großer Bedeutung; es ist ja bekannt, daß das Hoftheater von der Krone, um die Kosten zu decken, alljährlich mit großen Summen subventioniert wurde. Gelegentlich der Parlamentsverhandlungen über die letzte Erhöhung der königlichen Stillsätze auf 20 Millionen wurde erwähnt, daß die Zuschüsse in die Hunderttausende gingen. Das Landestheater bleibt geöffnet und die Vorstellungen nehmen ihren gewöhnlichen Fortgang.

— Die „W. Ztg.“ schreibt über „Wiesbaden im Waffenstillstandsvertrag“: Es steht fest, daß Wiesbaden in der Rheinischen Besatzungszone liegt. Nach der Meinung der Obersten Heeresleitung werden bis zum Eintreffen der feindlichen Besatzung mindestens 31 Tage vergehen. Da der Beginn des Waffenstillstandes am Montag, 11. November, fiel, ist vor Mittwoch, den 11. Dezember, das Eintreffen feindlicher Truppen nicht zu erwarten. Nach den Waffenstillstandsbedingungen ist das Besatzungsgebiet von den deutschen Armeen, d. h. von Militärpersonen, die bei der Waffe stehen, zu räumen. Von Personen, die vom Militär entlassen sind und in ihren Zivilberuf zurückgekehrt sind, ist ebensowenig die Rede, wie von den jungen Leuten, die in das dienstpflichtige Alter hineinwachsen. Da der Kriegszustand aufgehoben ist, spricht nichts dafür, daß irgendwelche Personen, die nicht, nicht mehr oder noch nicht der Armee angehören, einer Internierung durch die Feinde anheimfallen könnten. Auch von der deutschen Regierung werden Militärpersonen nicht weggeführt werden dürfen, denn in den Waffenstillstandsbedingungen heißt es ausdrücklich: „In allen vom Feinde (den Deutschen) geräumten Gebieten ist die Fortführung von Einwohnern untersagt.“ Ferner heißt es darin: „Alle Räumungs- und Befestigungsbewegungen werden durch die Zufuhr von Nr. 1 geregelt (festgelegt) im Moment der Zeichnung des Waffenstillstandes.“ Dem Eigentum der Einwohner darf kein Schaden oder Nachteil zugefügt werden. Zerstörungen irgend welcher Art werden nicht ausgeführt. Militärische Einrichtungen jeder Art werden in unversehrtem Zustande ausgeliefert, ebenso alle militärischen Vorräte, Lebensmittel, Munition und Ausrüstungsstücke, die nicht in dem für die Räumung festgesetzten Zeitraum haben mitgeführt werden können. Alle für die Zivilbevölkerung bestimmten Lebensmittelvorräte jeder Art (Wein usw.) müssen an Ort und Stelle belassen werden. Industrielle Anlagen dürfen keine Schädigung erleiden, ihr Personal darf nicht gewechselt werden.“ Für Viehtrieb würde evtl. alles so zutreffen wie für Wiesbaden.

— Wie wird jetzt Recht gesprochen? In einer Sitzung des Wiesbadener Schöffengerichts machte vor Eintritt in die Verhandlung ein Angeklagter seine Bedenken gegen die Urteilsformulierung geltend. „Im Namen des Königs“ sei nicht mehr richtig, und für die preussische Regierung noch keine endgültige Form festgelegt. Der Vorsitzende konnte diese Bedenken nicht von der Hand weisen und vertagte die Verhandlung.

— Ein Eisenbahn-Werkschlepper aus dem Rheingau wurde, weil er sich mit einem Kinde eingelassen hatte, zu sieben Monaten Gefängnis verurteilt.

Wiesbaden. Ein Liebesdrama hat sich in der Nähe des Schauspielhauses abgespielt. Das Mädchen, das daran beteiligt war, wurde durch einen Schuß getötet, während der Fortschleife. Josef Bassen einen Schuß in den Unterleib erhalten hat. Er wurde schwer verletzt nach dem Krankenhaus verbracht. Die Leiche des Mädchens hat man noch nicht gefunden.

— Vom Rhein- und Maingebiet. Der Frostpanner ist da. Das übereinstimmende Urteil der sachverständigen Beobachter geht dahin, daß wir in diesem Jahre allem Anschein nach mit einem beiderseits starken Auftreten des Frostpanners zu rechnen haben. Schon jetzt sieht man abends bei Eintritt der Dämmerung die gesägten Bäume zu vielen Dutzenden um die Bäume herumliegen. Im Interesse der Sicherung unserer nächstjährigen Obst-ernte ist es dringend geboten, sofort die Klebringe anzulegen. Möge dies bei der heutigen aufgeregten Zeit nicht veräußert werden.

— Mainz. Die Vorbereitungen der heimkehrenden Kriegsheere zeigen sich bereits in unserer Stadt, die voraussichtlich den Hauptstrom der Heeresmassen sowohl wegen ihrer zentralen Lage inmitten des weissen großen Frontbogens als auch wegen ihrer drei großen Rheinbrücken über sich erheben sehen wird. Am Mittwoch großen bereits zahlreiche Militärkolonnen und Autos hier ein, alle mit Truppen und Gepäck hoch beladen, die nach kurzer Rast weiter ostwärts führen. Auch bairische Lastautos, mit Feldküchen beladen, trafen hier ein, um nach kurzer Rast auf der Kaiserstraße über die Rheinbrücke weiter zu fahren. Dazwischen sah man einzelne Reitertruppen, die ebenfalls von der Front kamen. Bei diesen Vorübergehenden handelt es sich durchweg um Formationen aus den weiter rückwärts liegenden Etappen. Freilich ist, daß diese Rückwärtsbewegungen durchweg in geordneter, ruhiger Weise sich vollziehen. Das kriegerische Bild auf den Straßen der Stadt gestaltet sich indes von Tag zu Tag belebter und bunter. Hoffentlich mildert sich das große Durchmarsch der Armeen in den nächsten Tagen und Wochen in Stadt und Land ebenso geordnet ab wie die Heimkehr der ersten Vortruppen.

— Mainz. Wie von antilcher Stelle mitgeteilt wird, sollen auf Grund neuerer Abmachungen im Meldeverband französische Truppen das Rheinland und die Städte Köln, Koblenz, Mainz besetzen. Früher war beabsichtigt, daß diese Besetzung durch amerikanische Truppen geschehen sollte.

Worms. Ein deutsches Flugzeug stürzte in der Nähe der Stadt ab. Der Beobachter blieb tot, der Apparat wurde nur wenig beschädigt.

Zeitgemäße Betrachtungen.

(Nachdruck verboten.)

Novembertage.

Es dümmern die Tage so trübe und grau — und Reibel umschleiern die Halde, — längst welken die Blumen auf schimmernder Au, — es sonnen die Blätter im Walde. — Was ehemals blühte, nun sank es dahin — vom Sturme des Lebens getroffen, — nun gilt es mit mürrem verzagendem Sinn — auf bessere Tage zu hoffen.

Der Kriegsjahre schufen viel Jammer und Leid, — sie schlugen der Welt viele Wunden, — nun endet des Krieges entsehlige Zeit, — doch müssen wir schmerzlich bedauern: — Wir träumten, nun sind wir mit Schrecken erwacht, — Enttäuschungen sind uns begeben, — der Frieden kam anders, als je wir gedacht — und dennoch wir grüßen den Frieden.

Wir wollen den Frieden und zögern nicht mehr, — ihm Opfer auf Opfer zu bringen — und sind auch des Friedens Bedingungen schwer, — wir werden zum Ziele uns ringen. — Verlassen von allen, bahnt Deutschland allein — den Weg sich durch Not und Gefahren. — Nun gilt es vor allem besonnen zu sein — auf Ruhe und Ordnung zu wahren!

Und stürzt auch das Alte und will unsre Zeit — so vieles ganz anders gestalten, — in heiliger Ordnung sei jeder bereit, — getreu seines Amtes zu warten. — Zum Wohle des Ganzen rühr jeder die Hand — zur Abwendung aller Gefahren — auf daß wir den Frieden im eigenen Lande — für jeht wie auch fernher bewahren!

Die schwersten Tage der Abwehrung nahen, — heim kehren nun unsre Soldaten, — gewaltige Aufgaben harren der Bahn — und fordern energische Taten! — Mög dieses gewaltige Werk sich vollziehen — zum Segen für unsre Streiter — und mögen bald bessere Zeiten erblicken — dem deutschen Volke! Ernst Heiler.

Einer Mutter Liebe.

Roman von Jos. Schade-Schade.

(12. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Als Lisa eines Tages mit wieder erwachtem Bewußtsein die müden Augen aufschlug, sah sie die Mutter an ihrem Bette sitzen. Sie wunderte sich zunächst nicht, sie wunderte sich über gar nichts; sie war so matt und schwach, daß sie kaum denken konnte.

Erich und Christine gingen ein und aus. Beide zeigten sich gleich jählich besorgt, und als Lisa sich ein klein wenig besser fühlte, konnte die Mutter sich nicht genug tun in Robeserhebungen über Lissas Gatten und dessen Cousine.

Die kleine Frau mit dem ewig sorgenvollen Gesicht kam aus dem Staunen gar nicht heraus.

Rein, Lisa, wie gut Du es hier hast! Wir wußten ja, daß Du eine feine Seele machst, aber so, wie es wirklich ist, haben wir uns das alles gar nicht vorgestellt. Da mußt Du auch recht, recht dankbar sein, sagte sie einmal und man merkte ihr ordentlich die Scheu und Hochachtung an, die sie vor allem hier im Hause, manchmal sogar vor Lisa selbst, zu empfinden schien.

Sie hatte ihre Lisa kaum wieder erkannt, fand sie aber doch, abgesehen von ihrer Krankheit, nur zu ihrem Vorteil verändert. So vornehm, so ruhig, so damenhaft war sie geworden. Sie konnte das kaum fassen.

Obgleich weder der Landgerichtsrat, noch Fräulein Christine es sie direkt fühlen ließen, daß sie jezt hier überflüssig war, empfand sie doch, daß keiner von den beiden ihrer Abreise etwas in den Weg gelegt haben würde. Aber Lisa hat immer wider: „Weißt Du! Und da ließ sie sich gern überreden und war es auch nur, um ihre Lisa weiter bewundern zu können und den kleinen Erich, der sie auch etwas ganz Wunderbares und Besonderes dünkte, auf ihren Armen wiegen zu dürfen.

Endlich mußte Frau Hanno aber doch Abschied nehmen, obgleich Lisa auch jezt noch nicht so recht gesund und kräftig war. Es schien, als könne die junge Frau sich überhaupt nicht wieder vollständig erholen oder als fehle ihr der Wille dazu. Vor allem war es eine gewisse Gleichgültigkeit Lissas, welche die Mutter erschreckte, wenn sie ernstlich über ihre Tochter nachdachte.

Sobald die Nacht des Fiebers gebrochen und keine Gefahr für das Kind mehr vorhanden war, hatte Lisa verlangt, daß man den Kleinen wieder in ihr Zimmer brachte und, als Fräulein Christine noch allerhand Auskünfte verfuhrte, hatte sie sich so erregt, daß man ihren Wunsch sofort erfüllen mußte. Dies aber war auch der einzige Punkt, in dem sie sich nicht den winzigsten Bruchteil ihrer Rechte verflümmern ließ. Alles andere mochte nun gehen, wie es wollte.

Wohl wunderte Frau Hanno sich über das bittre Lächeln, das Lissas Lippen umspielte, wenn sie nicht Worte genug finden konnte, um die Güte von Lissas Gatten und die Lebenswürdigkeit Fräulein Christines zu rühmen. Da aber Lisa niemals widersprach und sie auch niemals einen Wortwechsel oder eine Meinungsverschiedenheit zwischen den Hausgenossen beobachtete, so schob sie alles auf Lissas Schwäche und Krankheit und war nach wie vor überzeugt, daß ihre Tochter eine beneidenswert glückliche Frau sei, die nur ihr Glück nicht recht zu schätzen wußte.

Zuweilen schloß sich Lisa wohl auch versucht, der Mutter ihr Herz auszusprechen. Wenn sie aber dann sah, wie die sonst so bedrückte Miene der kleinen Frau vor Glück strahlte, sobald sie auf Lissas beneidenswertes Los zu sprechen kam, so schloß sie immer wieder.

So reiste Frau Hanno in der besten Ueberzeugung ab, daß Lisa wirklich das große Los in der Eheeloterie gezogen habe und brachte diese Ueberzeugung auch daheim ihrem Manne bei. Der sich gleich hinsetzte und einen langen Brief an seine Tochter schrieb, in dem er ihr in seiner tiefsten, etwas ungeschickten Art seine Freude ausdrückte über das, was die Mutter ihm berichtet habe. Den Schluß bildete natürlich auch hier wieder die Mahnung, durch große Dankbarkeit gegen ihren Gatten sich so vieles Glückes würdig zu zeigen. An Fräulein Christine ließ er hochachtungsvolle Grüße übermitteln.

Lisa lachte bitter auf und zerknitterte den Brief mit zitternden Händen, nachdem sie ihn zweimal durchgesehen hatte. Wenn ihr wüßte! dachte sie trübsal.

Sie bereute es jezt, die Mutter nicht noch länger hier behalten zu haben, das war doch immer noch ein Wall gewesen, der, wenn auch keinen Trost, ihr doch einen gewissen Schutz verliehen hatte. Jezt, wo Christine sich fester im Sattel fühlte, denn je, nahm sie sich nicht mehr die Mühe, die liebevolle Besorgnis zu heucheln, die sie in Wahrheit für Lisa nicht empfand.

Obgleich die junge Frau in Worten keinen Widerspruch mehr dagegen erhob, daß Christine, deren Ueberredung inzwischen endgültig erfolgt war, im Hause blieb, war doch alles in ihrem Wesen stille Abwehr; heucheln konnte sie nicht. Das aber nahm Christine ihr sehr übel, und so ließ sie sich keine Gelegenheit entgehen, Lisa zu demütigen, doch alle Spitzhaken, boshaften Worte praktisierte wirkungslos an der jungen Frau ab. Wenigstens schien es so.

Das Lachen hatte Lisa verlernt. Nur wenn sie mit ihrem Kinde allein war, konnte sie lächeln wie in früherer Zeit. Das Kind war ja alles, was ihr geblieben war.

Vor der Geburt des Kindes hatte man für Lisa ein besonderes Zimmer eingerichtet. Dort hatte sie auch während ihrer Krankheit gelegen und nun befehlt sie dieses Zimmer, bei. Das gemeinsame Schlafzimmer war aufgehoben worden, denn Lisa hatte mit unbeschämter Festigkeit erklärt, daß sie daselbst nur dann wieder beziehen würde, wenn Erich gestattet, daß der anhangende Raum in ein Kinderzimmer umgewandelt würde, da sie sich nicht von ihrem Kinde zu trennen gedachte. Um diesen Preis aber verzichtete der Landgerichtsrat lieber auf die Gegenwart seiner Frau. Das wäre ja noch lässiger gewesen, wenn er nachts nicht einmal hätte seine Ruhe finden sollen und der Wengel ihn aus dem Schlafe geschrien hätte.

Auf diese Ausrufung ihres Mannes suchte Lisa nur kumm die Achseln. Fräulein Christine aber sagte sanft: Du solltest doch lieber ein klein wenig mehr Rücksicht auf Deinen Mann nehmen. So ist nicht klug, liebt Lisa, sich seinem Manne so zu entziehen.

Auch jezt schloß die junge Frau, sie hatte die Lippen fest aufeinandergepreßt und „ah Christine nur ich! Bin ich es, die mich meinem Manne entfremdet? Konnte diese aus Lissas Blicken lesen, aber sie hatte sich bereits wieder auf ihre Handarbeit begeben und stützte eifrig weiter.

So blieb alles beim alten und Lissas Erbitterung wuchs und wuchs, und die Kluft, die zwischen ihr und Erich wuchs, wurde immer größer. Nur im Kinderzimmer taute Lisa auf. Dort hatte man sie lachen und lachen, und ihre Stimme, die jezt immer so selbstsam dunkel und ernst klang, hell aufleuchten.

Das Kind wurde größer und eins mit ihr, die jeden Atemzug, jeden Herzschlag des kleinen Geschöpfes mit empfand.

Gleich nach der Abreise Frau Hannos war das Kind getauft worden. Noch an demselben Tage, wo Lissas Mutter das Haus verließ, waren die Vorbereitungen zu der Taufe, die äußerst prächtig gefeiert werden sollte, in Angriff genommen worden. Das hatte Lisa bitter schmerzlich getränkt, sie sah ja daraus wieder, daß man ihre Angehörigen mißachtete. Wahrscheinlich hätte man sich ihrer Mutter gekümmert, als den vornehmen Freunden und Bekannten gegenüber, die zu der Feier geladen waren. Gewiß war es zwischen Erich und Christine längst abgemachte Sache, daß sie nur die Abreise ihrer Mutter hatten abwarten wollen. Das erbitterte Lisa so sehr, daß sie ihren immer noch leidenden Zustand zum Vorwand nahm und sich sofort nach der heiligen Handlung in ihr Zimmer zurückzog.

Dort lag sie einsam, ihr schlafendes Kind im Arm. Die Wärterin hatte sie in die Küche geschickt, um dort zu helfen und ihren Teil von den guten Sachen, die von der Herrschaftstafel abfielen, in Empfang zu nehmen. Aus den vorderen Räumen hörte Lisa Lachen und Geklatschen und immer größer und unbehaglicher wurden der Jörn und die Empörung in ihr.

Lissas Hände kramten sich zusammen. Sie gehörte nicht zu jenen willenslosen, schwachen Geschöpfen, die sich geduldi unterwerfen lassen und sich an diesen Zustand gewöhnen, wie an das liebe Brot. Alles in ihr zitterte vor Empörung. Ihr Kummer, leidenschaftliches Temperament, ihr Selbstgefühl brennte sich gegen die unwürdige Rolle auf, die sie im Hause ihres Gatten zu spielen gezwungen war, und doch — was sollte sie tun? Was sie auch eronnen, um sich zu wehren, mußte sie wieder verwerfen. Ja, wenn das Kind nicht gewesen wäre, sie wäre gelaufen, so weit ihre Füße sie tragen wollten. Lieber ihr Brot mit ihrer Hände Arbeit erwerben, als länger diese so unwürdige Bevormundung ertragen! Aber das Kind war da. Das hilflose, kleine Wesen bedurfte ihrer, es hielt sie fest auf ihrem Platz. Sie mußte und würde ausharren um des Kindes willen.

Heiße Tränen fielen auf das Köpfchen des schlafenden Kindes herab, das im Schlummer lächelte.

Vielleicht wäre es ihr gegönnt, den Sieg über Christine davonzutragen, wenn sie es verstanden hätte, die seltenen Momente zu benutzen, in denen die Leidenschaft für sie in Erich erwachte. Aber das widersetzte ihrem Stolz. Nur widerwillig duldete sie überhaupt seine Zärtlichkeiten. Jezt war sie auch überzeugt, daß Erich sie nie geliebt hatte, wenigstens nicht mit jener wirklichen, warmen Liebe, die sie schauernd ohne, ohne sie selbst zu empfinden zu haben. Wenn sie jezt von ihm ging, würde nur seine Eitelkeit gründlich verletzt sein, sonst aber würde er rasch genug darüber hinwegkommen. Aber sie konnte ja auch gar nicht fort, das Kind hielt sie mit tausend Fäden.

So blieb trotz Lissas innerer Auflehnung und Empörung alles beim alten. Christine drängte zwischen Lisa und ihren Mann. Christine war immer da, sie ging nur aus, wenn auch Erich fort war. War Lisa aber wirklich einmal mit ihrem Gatten allein, so endete dieses Weiseln meist mit Jörn und Streit.

Zuweilen empfand auch Erich das Unbehagen der Anstände im Hause. Aber weit davon entfernt, die Ursache hieran in der Gegenwart Christines zu suchen, gab er Lisa die Schuld. Trotzdem persuchte er ab und zu ein herzlicheres Einverständnis zwischen sich und seiner Frau herzustellen, aber die eigentliche Ursache ihrer Uneinigkeit entfernte er nicht.

Hänschen, so war das Kind in der Taufe genannt worden, zählte jezt schon fast ein Jahr. Zu Lissas Stolz und Entsetzen hatte er sich zu einem hübschen Kinde von rundem, tolligem Aussehen ausgewachsen. Selbst Erich nahm jezt mehr Notiz von der Gegenwart des Kleinen, obgleich er unbedolken genug im Verkehr mit dem Kinde war.

Es war ein stürmischer Herbsttag, als er wieder einmal in das Kinderzimmer trat, wo Lisa mit dem Kleinen auf einem weichen Fell auf dem Boden saß und mit ihm spielte. Sie hörte Erich nicht, sondern fuhr mit ihrer Beschäftigung fort, die darin bestand, daß sie ihr Gesicht hinter einem Blatt Papier verstaute und dann plötzlich hervorlief, worauf der Kleine lebhaft hell aufschrie. Dann stimmte die junge Mutter in sein lustiges Lachen ein, rief ihn an sich und bedeckte sein blühendes, rundes Kindergeflächchen mit zärtlichen Küßen, bis er widerwillig davonstrebte, damit sie ihr Spiel fortsetzen konnten.

Ein sonderbares Gefühl beschlich den Mann an der Schwelle des Zimmers. Er empfand, daß hier etwas mochte und lebte, an dem er kein Teil hatte. Und wie anders Lisa ausah, jezt in diesem Augenblick, mit dem lachenden Gesicht, dem Schein verklärten Glüdes in den braunen Augen, als wenn sie brühen so ernst und still mit ihm und Christine bei Tische saß oder auf seinen Wunsch mit ihnen beide den Kaffee tranken in seinem Arbeitszimmer nahm!

Unwillkürlich drückte er seine Gedanken in Worte aus, als er auf dem weichen Teppich rasch näher schritt, sich herabbeugte und Lissas schlafende Gestalt mit seinen Armen umfing. Warum bist Du nicht so, wenn Du bei mir bist? Warum überhaupt schenkst Du mir so wenig Zeit? Der Junge ist doch nun groß genug, auch ohne dich fertig zu werden, sagte er lebhaft, in freudlich-vorwurfsvollem Tone.

Lissas Gesicht hatte den Ausdruck kalter Erstarrung angenommen. Sie war erschauert über Erichs Worte und zugleich fränkte es sie, daß er für Hänschen, der den Vater mit großen, verwunderten Braunaugen, Lissas Augen, anstarrte, keinen Blick hatte, und ihre Antwort lautete daher wohl herber als sie es beabsichtigte: Ein Kind braucht seine Mutter immer, immer, Du aber hast Christine, was brauchst Du da noch mich!

Sofort war Erichs weiche Stimmung verfliegen. Er richtete sich auf.

Was redest Du für Unsinn! Seuf! Christine ist mir eine Schwester, ein Wesen, das es gut mit mir meint und auch mit Dir, so sehr Du Dich auch gegen diese Erkenntnis sträubst.

Gewiß, so gut, daß sie mich völlig von meinem Platz verdrängt; daß sie in Wahrheit die Hausfrau, die Herrin Deines Hauses ist, während Du mich zu einer Puppe herabwürdigst, mit der Du nach Gefallen spielst, oder sie achlos beiseite wirfst. Wenn Du aber darin das Ideal Deiner Frau siehst, drehst Du mich nicht wählen dürfen, ich bin mir zu gut dazu. Bringst Christine aus dem Hause und ich werde Dir sein, was Du verlangen kannst; eine aufmerksame, pflichtgetreue Frau. Bis dahin aber ...

Christine bleibt.

Diese schroff hervorgestoßenen Worte ließen Lisa verstummen. Sie hatte sich wieder einmal hinreihen lassen und wußte doch, wie zweifellos das war.

Schon längst hatte es um das Wändchen des Kindes verdrängelt gekämpft, nun bei den heftigen Worten des Vaters begann es laut aufzuweinen und streckte hilflos nach der Arme nach der Mutter aus.

Bestürzt preßte Lisa das Kind an ihre Brust. Daß sie seine Gegenwart hatte vergessen können! Wie sie wieder, das gelobte sie sich, wollte sie sich in des Kindes Beisein zu einem Streit fortziehen lassen. Seine Jugend sollte sonnig und frei von jedem trüben Schatten bleiben. Sie herzte und küßte den Kleinen.

Erich aber ließ hinaus und warf die Tür schallend ins Schloß. So endeten gewöhnlich alle Versuche, eine Aussprache herbeizuführen. Das Schlüsseln aber war, daß Christine, die Erich genau kannte, sofort erriet, wenn irgend etwas zwischen ihm und seiner Frau vorgefallen war, und dann nicht ruhte und rastete, bis sie den Inhalt des Streites erfahren hatte.

Ein paar mal war sie dann schon in Tränen ausgebrochen und hatte Erich beschworen, sie gehen zu lassen, das beste Mittel, seinen Widerspruch gegen Lisa noch mehr herauszufordern und sich nach jezt fester in der Gunst ihres Vaters zu setzen.

Außerdem hatte der Landgerichtsrat sich auch wirklich so sehr an Christine und ihr überaus kluges Wesen an seine Person gewöhnt, daß er sie um keinen Preis hätte missen wollen. Er war nicht mehr so jung und schüchtern, wie die hübsche Bevormundung aber alles und für Christine gab es nur eins: seine Person; sie lebte und sorgte nur für ihn. Bei Lisa aber hatte er sich mit dem Kinde in deren Fürsorge teilen müssen. Wenn Christine fort war

[illegible]